

Blumen für Stukenbrock

1945 – 2020

75 Jahre nach der Befreiung –
Alles für den Frieden

Mahnen und Gedenken
zum Antikriegstag 2020

ARBEITSKREIS BLUMEN FÜR STUKENBROCK E.V.

www.Blumen-fuer-Stukenbrock.eu

Spendenkonto: Sparkasse Minden- Lübbecke

IBAN:DE 32 4905 0101 0087 0002 38

ViSP: Hubert Kniesburgers:

Brockweg 123, 33332 Gütersloh

Informationen

Blumen-fuer-stukenbrock@kniesburgers.net

Druck: Schmidt & Pähler, Bielefeld

Samstag, 5. September
Sowjetischer Soldatenfriedhof
Stukenbrock

15.00 Uhr Niederlegung von
Kränzen und Blumen
am Obelisken

15.30 Uhr Worte der Mahnung
und des Gedenkens
Prof. Eugen Drewermann



Während der Gedenkveranstaltung sind vor und auf dem Friedhof von allen Besucherinnen und Besuchern die gesetzlichen Hygiene- und Abstands-Regelungen einzuhalten.

Gedanken des Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock für die Mahn- und Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag 2020

75 Jahre nach der Befreiung - Alles für den Frieden!

„Und sorget Ihr, die Ihr noch im Leben steht, dass Frieden bleibt, Frieden zwischen den Menschen, Frieden zwischen den Völkern“ lautet die Mahnung von Stukenbrock, dem Ort, wo im Stalag 326 VI/K 65.000 sowjetische Kriegsgefangene in der Zeit zwischen 1941 und 1945 zu Tode gequält und im nahegelegenen Sennesand verscharrt wurden. Heute befindet sich dort einer der größten Friedhöfe für sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland.

75 Jahre sind seit der Befreiung am 2. April 1945 vergangen. Diesem Jahrestag gebührt eine besondere Beachtung.

Nach dem Ende des Kalten Krieges in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es eine große Chance für eine dauerhafte Friedenssicherung und eine gute Zusammenarbeit mit Russland. Sie blieb leider ungenutzt. Während der Warschauer Pakt aufgelöst wurde, dehnte sich die NATO bis an die Grenzen Russlands, Bjeloruslands und der Ukraine aus.

Im Artikel 26 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt es:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Diese Verpflichtung gilt für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande!

Dennoch marschierten in diesem Frühjahr zu einem Manöver deutsche Soldaten gemeinsam mit ihren NATO- und EU-Partnern an die Grenzen Russlands. Diese Grenzen zu überwinden war 1941 das Ziel der Wehrmacht. Es endete mit deren bedingungsloser Kapitulation.

Gestoppt wurde das als „Defender-Europa 2020“ bezeichnete Manöver nicht durch eine verantwortungsvoll handelnde Bundesregierung, sondern durch das Corona-Virus. Dieses Manöver richtete sich eindeutig gegen Russland.

Wir fragen: Sind sich die Initiatoren dieser Aufmärsche wirklich der möglichen Folgen bewusst?

Die Sowjetunion hat in dem von Deutschland angezettelten II. Weltkrieg über 27 Millionen Menschen verloren. Dazu gehören auch die 65.000 in Stukenbrock Gestorbenen. Dieses Land, das für unsere Befreiung die größten Opfer brachte, war westlich von Moskau durch die Kriegshandlungen weitestgehend verwüstet worden.

Für die Menschen dort bedeuten diese Aufmärsche an ihren Grenzen eine erneute Bedrohung.

Nun will das Bundesverteidigungsministerium für die Luftwaffe 135 neue Kampfflugzeuge kaufen, darunter solche, die die in Büchel stationierten US-Atomwaffen tragen und abwerfen können. Damit erhöht sich die Gefahr, dass von Deutschland aus und mit Bundeswehrebeteiligung ein Atomkrieg geführt werden kann. Bedauerlicherweise hat Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO nicht unterzeichnet.

Wir fordern mit den 88 Stadt- und vier Landesparlamenten, mit dem SPD-Co-Vorsitzenden Walter-Borjans und der Friedensbewegung, dass endlich die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Fünfundsiebzig Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges ist es endlich an der Zeit, die Mahnung von Stukenbrock zur Leitlinie allen politischen Handelns zu machen.

Wir setzen uns ein

- für einen dauerhaften Frieden mit allen Völkern,
- für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland,
- für die Kürzung des Rüstungsetats, um Mittel für zivile Zwecke frei zu bekommen ,
- für eine konsequente Ahndung jeglicher Nazismus und Kriegsverherrlichung.

Wir werden am Samstag, dem 5. September 2020, entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten, auf dem Sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock der Toten gedenken und unsere Erwartungen zum Ausdruck bringen.